

Eine faire Verteilung der EEG-Sonderlasten

Landtag beschloss Antrag „Neuen Strommarkt im Thüringer Interesse gestalten“

Den „Neuen Strommarkt im Thüringer Interesse gestalten“, über diesen Antrag der Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und Grüne diskutierte der Landtag in seiner Sitzung am 5. November und beschloss diesen. In der Begründung verwies Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, auf das Energiekonzept der Bundesregierung bis zum Jahr 2050, mit dem die Leitziele für die Umgestaltung des Energiesystems in Deutschland gesetzt wurden.

So soll bis 2050 der Bedarf an Primärenergie nur noch halb so groß sein wie im Jahr 2008. Gleichzeitig soll der Anteil der erneuerbaren Energien ausgebaut werden auf 60 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs im Jahr 2050.

Die Energieversorgung in Deutschland soll unabhängig werden von begrenzt verfügbaren fossilen Energieträgern und damit nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch dauerhaft sicher und wettbewerbsfähig.

Mit Blick auf das im Juli veröffentlichte Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ sowie das Eckpunktetapier für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende bezog sich der LINKE Abgeordnete auf Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung, die bis Ende nächsten Jahres Gesetzeskraft haben sollen.

Natürlich werde davon auch Thüringen betroffen sein – „Thüringen mit seiner speziellen Struktur, mit einer Stromversorgung, die weitgehend in kommunaler Hand ist, ohne Kernkraftwerke, ohne Kohleverstromung, mit hauptsächlich erneuerbarer Energieerzeugung und KWK und einem großen Anteil an Importenergie, da Thüringen knapp die Hälfte seines Stromverbrauchs selbst herstellt.“

Daher müsse auf die Gesetzgebung

auch von Thüringen aus Einfluss genommen werden“, betonte Steffen Harzer und erinnerte daran, dass gerade vom Netzausbau Thüringen stark betroffen ist.

Die Landesregierung wird mit dem zwölf Punkte umfassenden Beschluss u.a. gebeten, beim Netzausbau eine kontinuierliche Überprüfung der Notwendigkeit aller Einzelprojekte und die für Thüringen mit den geringsten Umwelteinflüssen realisierbaren Varianten bei der Bundesregierung einzufordern. Die Netzbetreiber sollen aufgefordert werden, auf eine Neutrassierung des Leitungsprojektes P44 in der direkten

kömmliche Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausbau von Energiespeichern einsetzen.

In einem weiteren Punkt soll die Landesregierung die Regionalplanungen dahin gehend neu auszurichten, dass beim künftigen Aus- und Zubau von erneuerbaren Energien die daraus resultierenden Investitionen in die Stromnetze mit berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass vorrangig dort zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist wird, wo der daraus resultierende Investitionsbedarf in die Netze am geringsten ist.



Der Energiepolitiker der Linksfraktion Steffen Harzer zusammen mit den LINKEN Abgeordneten Katja Mitteldorf und Christian Schaft beim diesjährigen Landtag der offenen Tür im Juni, wo es nicht zuletzt auch um Fragen der Energiewende ging.

Archiv-Foto

Streckenführung Schalkau-Grafenrheinfeld zu verzichten.

Außerdem soll die Landesregierung beim Bund eine faire Verteilung der EEG-bedingten Sonderlasten für die Netznutzungsentgelte im Bundesgebiet sowie eine Verbesserung der Investitionsbedingungen für Verteilnetzbetreiber (Beseitigung des Zeitverzuges) einfordern und sich im Bund für aus-

Die Linksfraktion lädt zur 1. Meiningener Energiekonferenz „effizient – regenerativ – dezentral“ für Samstag, den 21. November, 10 bis 17 Uhr ins Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Multifunktionshalle, ein. Diskutiert werden soll u.a. über den Windenergieerlass, künftige Netzarbeiten und veränderte Landschaftsbilder.

Rechtsreferendare

Die im Koalitionsentwurf des „Gesetzes zur Änderung der Rechtsverhältnisse im juristischen Vorbereitungsdienst“ geregelte Statusänderung der Rechtsreferendare ist folgerichtig, so MdL Dr. Iris Martin-Gehl. Für die Zeit des zweijährigen Vorbereitungsdienstes vor dem Zweiten Staatsexamen sei statt des bisherigen Beamtenverhältnisses auf Widerruf ein öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis vorgesehen. Thüringen modernisiere mit der Änderung den juristischen Vorbereitungsdienst und richte sich an den bereits in allen anderen Bundesländern geltenden Strukturen aus. Die in Thüringen in Zukunft gezahlte Vergütung der Referendare bewege sich im bundesdeutschen Vergleich im Mittelfeld. ■

Besoldung

Der Landtag hat am 5. November das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung in den Jahren 2015 und 2016 beschlossen. MdL Rainer Kräuter: „Damit werden die Beamten weiterhin – seit nunmehr sechs Jahren – an der kontinuierlichen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst beteiligt. Das ist nicht ohne weiteres selbstverständlich, wenn man sich die Entwicklung in anderen Bundesländern betrachtet. Der LINKE Politiker kritisierte mit Bezug auf die versorgungsrechtlichen Regelungen für Dienstzeiten, die vor dem 3.10.1990 lagen, die deutliche Schlechterstellung der Thüringer Versorgungsempfänger gegenüber denen in den alten Bundesländern.“ ■

Regionalverbund

Das deutliche Votum des Kreistags Gotha zum Verbleib im Regionalverbund Thüringer Wald hat MdL Knut Korschewsky ausdrücklich begrüßt und auf die Vorteile einer gemeinsamen Marketingstrategie in der Region verwiesen.

„Die Mitgliedschaft im Regionalverbund erzeugt nicht nur Kosten, sie leistet vor allem wichtige Beiträge in der touristischen Vermarktung und der regionalen Imagepflege. Durch den ganzheitlichen Ansatz profitiert auch der Kreis Gotha in merklichem Umfang bei der touristischen Entwicklung. Der lokale Tourismus ist dabei ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor mit positiven Auswirkungen auf Beschäftigung und kommunale Steuerkraft“, sagte der LINKE-Politiker. ■

VON A BIS Z:

Hochschulreform

Das Thüringer Hochschulgesetz und weitere Bestimmungen im Hochschulbereich bedürfen einer dringenden Reform. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Dialog für eine demokratische Hochschulreform“, der am 6. November mit der Landtagsmehrheit beschlossen wurde, „haben wir den Weg zu einer breiten Debatte eröffnet, die alle wesentlichen Akteure an einen Tisch holt, statt der bisher oft zu beobachtenden Hinterzimmerpolitik“, erklärte MdL Christian Schaft. Es wurden Prüfaufträge erteilt, die von der Stärkung der demokratischen Mitbestimmung innerhalb der Hochschulen über die Gebührensatzungen, notwendige Verbesserungen beim Studierendenwerk, die Einführung von Zivil- und Sozialklauseln bis hin zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen reichen.

Damit wird das Fundament für die im Koalitionsvertrag angekündigte große Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes gelegt, die gemäß dem skizzierten Zeitplan 2017 folgen soll. „Die Koalitionsfraktionen stehen für offene, transparente, demokratische, soziale und friedliche Hochschulen ein, die Studierende sowohl zum kritischen Denken ermutigen, als auch notwendige berufliche Kenntnisse vermitteln sollen. Wir freuen uns auf die nun anstehenden Diskussionen, um zu guten Kompromissen zu finden und für Thüringen ein fortschrittliches Hochschulgesetz zu beschließen“, so der LINKE Hochschulpolitiker. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, in der Zeit vom 25. bis 27. November sowie vom 16. bis 18. Dezember statt. Im Jahr 2016 startet der Landtag mit Sitzungen vom 27. bis 29. Januar.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de